

| | | | |
|---------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------|---------|
| Protokoll: | Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart | Niederschrift Nr. | 32 |
| | | TOP: | 7 |
| Verhandlung | | Drucksache: | 83/2018 |
| | | GZ: | SI |
| Sitzungstermin: | 19.03.2018 | | |
| Sitzungsart: | öffentlich | | |
| Vorsitz: | BM Wölfle | | |
| Berichterstattung: | - | | |
| Protokollführung: | Herr Krasovskij / pö | | |
| Betreff: | Zentrale Schuldnerberatung Stuttgart (ZSB), Wilhelms- platz 11, 70182 Stuttgart - Ausbau des Angebots ab dem Jahr 2018 | | |

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 16.02.2018, GRDRs 83/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Planung zur Umsetzung des Ausbaus der Zentralen Schuldnerberatung Stuttgart (ZSB) entsprechend den Beschlüssen des Doppelhaushaltes 2018/2019 wird zugestimmt.
2. Der angepassten Fassung der "Richtlinien zur Förderung von sozialen Schuldnerberatungsleistungen" (Stand: 30.01.2018) mit Wirkung ab 01.01.2018 (Anlage 2) wird zugestimmt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Fuhrmann (CDU) erklärt, seine Fraktion werde dieser Vorlage gerne zustimmen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion begrüße den geplanten Ausbau der Zentralen Schuldnerberatung (ZSB). Der Stadtrat erinnert daran, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zum Doppelhaushalt 2018/2019 Mittel für das Vorhaben bereitgestellt worden sind und fraktionsübergreifend der Wunsch geäußert worden sei, künftig die Wartezei-

ten für alle Zielgruppen zu begrenzen. Den Zeitplan für den Ausbau der ZSB empfinde er als "ambitioniert", da die neuen Mitarbeiter/-innen noch nicht eingestellt seien, man aber schon im Oktober 2018 über den Stand der Umsetzung und die Entwicklung der Wartezeiten berichten wolle.

Ferner betont StR Fuhrmann die Wichtigkeit der Präventionsarbeit und erkundigt sich nach der weiteren Entwicklung in diesem Bereich. Hierzu finde er in der Vorlage keine klare Zielvorgabe. Dieser Frage schließen sich auch StRin Münch (90/GRÜNE) und StRin Gröger (SPD) an.

Anschließend erklärt StR Fuhrmann, auf die Schuldnerberatung im Allgemeinen eingehend, er sei der Ansicht, dass die Prüfung der Förderfähigkeit der Betroffenen zentral durch die Verwaltung und nicht zwingend durch den/die Schuldnerberater/-in durchgeführt werden könnte. Zudem spricht er an, dass in der zweiten Phase des Ausbaus der ZSB die Erfassung der bestehenden Unterhaltsverpflichtungen der Betroffenen durch die neuen Sachbearbeiter/-innen geplant sei (siehe Anlage 1 zur Vorlage) und möchte wissen, wie genau dies ablaufen solle. Dem schließt sich auch StRin Gröger an.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wird der geplante Ausbau der ZSB vor dem Hintergrund einer zunehmenden Konsumgesellschaft auch von StRin Münch, StRin Gröger und StRin Halding-Hoppenheit (SÖS-Linke-PluS) als notwendige und sinnvolle Maßnahme begrüßt. Übereinstimmend bezeichnen die Ratsmitglieder die angestrebte Reduzierung der Wartezeiten für die Beratung als positiv.

StR Dr. Fiechtner (AfD) erklärt, er halte die ZSB grundsätzlich ebenfalls für eine hilfreiche Institution, die Bürgerinnen und Bürgern dabei helfen könnte, aus einer prekären Lage herauszukommen. Allerdings sei er der Meinung, dass die Effizienz des Angebotes auch in diesem Fall durch eine Evaluation überprüft werden sollte. Ferner meint der Stadtrat, die maßgebliche Präventionsarbeit sollte nicht von der ZSB geleistet werden, sondern sei ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag.

Ähnlich äußert sich auch BM Wölfle. Er bezeichnet die präventive Arbeit zum Schutz der gefährdeten Bürgerinnen und Bürger vor den Versuchungen des Alltags als Gesamtaufgabe aller städtischen und in Trägerschaft befindlichen (Hilfs)-Dienste.

Auf die Fragen von StR Fuhrmann eingehend, regt der Vorsitzende an, diese ausführlich im Rahmen des nächsten Berichtes zur ZSB zu thematisieren. Gegen diese Vorgehensweise erheben sich in der Folge keine Widersprüche.

Danach stellt BM Wölfle fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Krasovskij / pö

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung AfD
 8. Die STAdTISTEN
 9. StR Brett (AfD Einzelstadtrat)